

Festvortrag zum 30. Gründungsjubiläum des SDP-Ortsvereins Auerbach/Vogtl. am 6. Dezember 2019

Zunächst das Wichtigste: Ich gratuliere dem SPD-Ortsverein Göltzschtal zum heutigen 30. Gründungsjubiläum der SDP in Auerbach. Die Gründung eines sozialdemokratischen Ortsvereins in Auerbach ist ein bleibender Teil der oppositionellen Bürgerbewegung in der Friedlichen Revolution des Jahres 1989 im Vogtland. Damit entstand hier der zweite SDP-Ortsverein im Vogtland nach der Gründung am 16. November 1989 in Plauen. Die Botschaft, die davon ausging war klar: Wir wollen auch in Auerbach die demokratische Umgestaltung erzwingen, die SED-Diktatur beenden und die Dinge in unserer Stadt und im Land selbst in die Hand nehmen.

Diese historische Leistung wird erst völlig klar, wenn man die Ereignisse im historischen Kontext sieht. Ich will deshalb daran erinnern:

Am 26. August 1989 hat Markus Meckel in der Berliner Golgatha-Kirche den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei verlesen. Das war zeitlich der erste Aufruf der vier oppositionellen Bewegungen der späteren Friedlichen Revolution (9.9. Gründungsaufbruch Neues Forum, 12.9. Demokratie Jetzt, 1.10. Versuch der Gründung Demokratischer Aufbruch). Die Gründung selbst wurde, wie allgemein bekannt, bewusst auf den 7. Oktober 1989 gelegt. Das ist das Eine.

Dieser Vorgang, insbesondere das Handeln von Gutzeit und Meckel, war in meinen Augen der vielleicht mutigste Akt der Oppositionellen in der Friedlichen Revolution 1989. Der mutigste Akt, weil er am weitreichendsten war und die Herrschaft der SED-Staatspartei in mehrfacher Hinsicht grundlegend in Frage stellte:

Anders als das Neue Forum und andere oppositionelle Organisationen des Herbstes 1989 war die Organisation der SDP weder ein oppositioneller Verein, Sammelbecken oder eine Diskussionsplattform, sondern zielte auf die Gründung einer mit verbindlichen Strukturen ausgestatteten oppositionellen Partei. In der DDR, einem Staat mit kommunistischer Parteiendiktatur, war der alleinige und absolute Machtanspruch der kommunistischen Staatspartei SED die wichtigste Systemvoraussetzung. Diese neue oppositionelle sozialdemokratische Partei wollte nun nicht nur reden und diskutieren, sondern konkrete und verbindliche Alternativen beschließen und diese durch demokratische Wahlen auch politisch durchsetzen. Dies war mit der Einparteienherrschaft der Staatspartei SED unvereinbar. Diese SDP-Initiative griff damit das Machtmonopol der Herrschenden in der DDR grundsätzlich an. Dazu einige Zitate:

Das Neue Forum verstand sich als eine Diskussionsplattform in den Grenzen der DDR-Verfassung.

Aus: „Worum geht's?“, Neues Forum Plauen 11/1989

„Das NEUE FORUM arbeitet auf der Grundlage unserer Verfassung für die politische Willensbildung und demokratische Willensäußerung über die Ziele des Umbaus unserer Gesellschaft für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte.“

Die SDP formulierte dagegen in unmissverständlicher Klarheit folgendes:

Aus: „Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR“ vom 24.07.1989

„So warten viele darauf, daß die herrschende Partei sich ändert oder man wartet auf einen Mann wie Gorbatschow. Eine solche Haltung bleibt im Passiven und spricht sich letztlich eine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für diese unsere Wirklichkeit ab. ...

Unsere Gesellschaft wird durch den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED bestimmt, auf den hin alle Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geordnet sind. ...

Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruch zur Voraussetzung“

Im Statut der SDP, hieß es dann:

Aus: „Statut der Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ vom 07.10.1989, § 5

„In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie.“

Weil es diesen grundsätzlichen oppositionellen, auf die Machtfrage zielenden Ansatz gab, beantragte die SDP, anders als das NF, auch nicht seine Zulassung durch die DDR-Staatsorgane, sondern informierte diese auch nur über seine Gründung.

Zum Zweiten griff 1989 die Existenz einer sozialdemokratischen Partei natürlich auch den Gründungsmythos der SED frontal an und bestritt damit auch ihre Legitimation als Partei der Arbeiterschaft. Die SED behauptete bekanntlich 1946 aus einer freiwilligen Vereinigung der Arbeiterparteien KPD und SPD entstanden zu sein, leugnete und bekämpfte den entscheidenden Charakter einer Zwangsvereinigung. Es war kein Ruhmesblatt der späteren Unionisten, dass sie gerade diese kommunistische Gründungslüge im Wahlkampf 1990 noch einmal aufwärmten und benutzte, um gegen die SPD eine diffamierende Rote-Socken-Kampagne loszutreten.

Die SDP war deshalb ein zweifacher Angriff auf die DDR-Staatspartei SED. Die SDP bestritt das Machtmonopol der SED im Staat und die Legitimität der SED als Partei der Arbeiterschaft.

Und dies zu einer Zeit - bis in den Dezember 1989 - als die CDU und die LDPD auf Veranstaltungen im Vogtland noch von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und dem Aufbau des Sozialismus in der DDR gesprochen hat, wofür es noch heute viele Augen- und Ohrenzeugen gibt.

Die Staatspartei SED war sich dieses besonderen oppositionellen Angriffs, den die SDP-Gründung darstellte, sehr wohl bewusst. Bereits am 23. Oktober 1989 gab es eine Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, in der die SDP-Gründung als verfassungswidrig eingestuft wurde.

Darüber hinaus sind uns heute weitere interessante Belege über die Reaktion der SED überliefert. Dazu zwei Beispiele:

Ausführungen des 1. Sekretärs der BL Potsdam der SED auf der Tagung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der BL der SED am 27.10.1989

„Genosse Jahn stellte 3 Fragen: 1. Wie verhalten wir uns zum ‚Neuen Forum‘? 2. Wie verhalten wir uns zur Gründung der SDP? ... Das ‚Neue Forum‘ sollten wir als Dialogpartner anerkennen und in der Nationalen Front eingliedern, aber keine Strukturen zulassen. Sie gehen jetzt auf unsere Forderungen ein, um damit endgültig anerkannt zu werden. Wir brauchen jetzt eine einheitliche Linie, damit nicht jeder Bezirk macht was er will. Die Anerkennung der SDP ist nicht akzeptabel.“

DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in der Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des neuen Leiters des AfNS (Stasi) am 21.11.1989

„Worüber ich bisher überhaupt keine Vorstellung habe und hier ist es nötig, daß ihr Euch auch vom Amt her einen Kopf mit machen müßt, das ist der Umgang mit dieser SDP. Denn das ist ja die Frage der Spaltung der Arbeiterklasse. Was ist denn das für eine Partei. Es baut sich also neben der kommunistischen Partei dann die sozialdemokratische auf. Damit stehen wir im Moment sozusagen auf ganz wackligen Füßen. Zu dem anderen (gemeint ist das Neue Forum) baut sich ein Konzept auf, beginnen sich auch bei mir Vorstellungen zu entwickeln, ich habe versucht Euch das anzudeuten, aber das andere (gemeint ist die SDP) bleibt ein Problem.“

Letzteres Zitat kommt einem unmittelbaren Arbeitsauftrag gleich. Um im Klartext zu sprechen: Der damalige SED-Chef Modrow, der bis heute Gallionsfigur und Ehrevorsitzender der Linkspartei ist, hat noch Ende November 1989 den Staatssicherheitsdienst auf die junge SDP gehetzt. So erklärt sich wohl, dass zum Beispiel das neu eingerichtete Telefon der Plauer Sozialdemokraten bis Ende 1989 abgehört worden ist.

Mein Fazit zu diesem Gründungsvorgang lautet:

Die Gründung der SDP war im Frühherbst 1989 tatsächlich ein singulärer und für die SED besonders bedrohlicher oppositioneller Vorgang: Mit dem 7. Oktober 1989 entstand seit Jahrzehnten die erste oppositionelle Partei in der DDR mit einer gewählten Führung, mit einem Statut und programmatischen Grundsätzen, die sich zur Gewaltenteilung, zum Parteienpluralismus sowie zur parlamentarischen Demokratie bekannten und allesamt die herrschende Staatspartei SED infrage stellten. Das ist das Besondere der demokratischen Oppositionsgeschichte der ostdeutschen Sozialdemokraten im Herbst 1989. Sie, diese neuen Sozialdemokraten haben als erste die Machtfrage gestellt – ab dem 6. Dezember 1989 auch in Auerbach im Vogtland. Das ist ein bleibender historischer Verdienst, ein Verdienst um die Demokratie in unserem Land, auf den man stolz sein kann und an den man des Öfteren wieder einmal erinnern muss.

Was auf diese neue, junge Partei alles eingestürmt ist, was geleistet werden musste in den Jahren 1989 und 1990, kann heute kaum ermessen werden.

Aus „Plauer Sicht“ will ich hierzu nur kurz berichten: Es gab damals wöchentliche Vorstandssitzungen und Terminkalender, die bis obenhin gefüllt waren. Es wurden thematische

Arbeitsgruppen gebildet, mit konkreten Ergebnissen. Es gab Sitzungen des Plauener SPD-Vorstandes – wir vollzogen wohl als erste die Umbenennung der SDP zurück zu ihrem traditionellen Namen – im Büro des Stadtwirtschaftsbetriebes mit bis zu 14 Personen und oft über 16 Tagesordnungspunkte bis tief in die Nacht. Ich habe in meinen Unterlagen Briefe gefunden aus bayrischen SPD-Ortsvereinen, die uns kennenlernen wollten, uns einladen und Seminarangebote machten. Die hatten davon, dass bei uns im wahrsten Sinne des Wortes die „Luft brannte“ überhaupt keine Ahnung und wir hatten für „solchen Quatsch“ damals einfach keine Zeit.

Exemplarisch für die damaligen Herausforderungen und Nöte ist ein Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden im SPD-Ortsverband Plauen, Rüdiger Müller, aus dem Frühjahr 1990 im Blick auf die anstehenden Wahlen. Der Brief ging an die Arbeitsgruppen der jungen SPD in Plauen und hatte eine apodiktische Forderung:

„Bitte überprüfe in Deiner Arbeitsgruppe ob fähige Mitarbeiter vorhanden sind, die sich nicht scheuen, politische Verantwortung bei Kommunalwahlen bzw. Mandate für Landtags-, Bezirks- und Volkskammerwahlen zu übernehmen. Namentliche Nennung umgehend an Rüdiger Müller. Folgende Fachgebiete sind allein auf kommunaler Ebene abzusichern. Kandidaten für: Oberbürgermeister und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Kandidaten für die Stadträte für: Vorsitzender der Plankommission, Inneres, Handel und Versorgung, örtliche Versorgung und Wirtschaft, Sekretär des Rates, Finanzen, Stadtbaudirektor, Wohnungspolitik, Amt für Arbeit, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Energiewirtschaft, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Stadtschulrat, Kultur, Jugendfragen-Körperkultur und Sport, Erholungsweisen, Kreisarzt.“

Ich bin sicher: Das war in Plauen 89/90 nicht anders als in Auerbach, Reichenbach oder Chemnitz, das damals noch Karl-Marx-Stadt hieß. Auch solche Herausforderungen gemeistert zu haben, verdient Hochachtung, ja Ruhm und Anerkennung gegenüber den damals jungen Sozialdemokraten in der DDR.

Natürlich können wir heute kein Jubiläum feiern, ohne zugleich einen Blick auf hier und heute zu werfen.

Zunächst will ich aber festhalten: Bei allem Schmerz und aller Enttäuschung über

- die Krise der Demokratie im Osten, das Erstarken der Rechtsextremisten und über
- die Krise der SPD bundesweit

blicken wir auch auf enorme Transformations- und Aufbauerfolge in den vergangenen 30 Jahren zurück. Noch nie war der Lebensstandard, die Lebenserwartung der Menschen so hoch wie heute. Noch nie waren unsere heimischen Betriebe so wettbewerbsfähig, so produktiv und so erfolgreich im In- und Ausland, wie heute. Noch nie waren unsere Städte und Dörfer so schön, die Infrastruktur so gut ausgebaut und die Wohnungssituation – die große Fehlstelle im SED-Staat - so stabil und komfortabel, wie in unseren Tagen.

Sicher: All das hat den Menschen viel abverlangt, hat viel Kraft, Zeit, Verwerfungen, Umstellungsbereitschaft aber auch Geld gekostet.

Natürlich gibt es neue Herausforderungen und ebenso auch alte, noch nicht gelöste Probleme und Wünsche. Wer aber die Erinnerung daran verliert, wo wir hergekommen sind,

- an das Grau in Grau unserer baufälligen Städte,
- an die ständige Mangelwirtschaft und die verdreckten, verschlissenen und in weiten Teilen maroden DDR-Betriebe und
- an die dumpfe, triste ja bleierne Atmosphäre in diesem unfreien und auch geistig eingemauerten Land

der kann das Erreichte nicht wirklich schätzen und driftet ab in Frustration und Nostalgie gegenüber einer idealisierten Vergangenheit, die es so nie gegeben hat.

Diese Aufbauleistung der Ostdeutschen, an der Sozialdemokraten in allen Städten und Gemeinden, auch in Auerbach, mit und zum Teil in vorderster Reihe beteiligt waren, hat eine historische Dimension und wird international längst mit Hochachtung quittiert. Wir betreiben eine Herabwürdigung gegenüber uns selbst, wenn wir unsere eigenen Leistungen der letzten 30 Jahre weiter missachten und unter den Teppich kehren. Es ist längst an der Zeit, mit dieser Form der Selbstmissachtung endlich einmal Schluss zu machen.

Und noch auf eine weitere Fehlstellung will ich zu sprechen kommen: Die politischen Selbstentmachtung der Ostdeutschen, die sich heute im Erstarken der AfD und anderer rechtsextremistischer Parteien zeigt.

Es gehört für mich zu den schwersten gesellschaftlichen Fehlentwicklungen im Osten, dass die Menschen hier nach zwei Diktaturen nicht zu einer politischen Selbstaktivierung zurückgefunden haben. Ja schlimmer noch: Der politische Rückzug der Ostdeutschen, die Flucht der Menschen vor der eigenen politischen Betätigung, hat sich in den vergangenen 30 Jahren verfestigt und dramatisch verschärft.

Besonders dramatisch ist die Situation dabei in Sachsen:

Außer den drei Kleinparteien SPD, AfD und BN90/GR haben alle anderen Parteien seit 1990 massiv an Mitgliedern verloren:

Von 1990 bis 2018 sind die Mitgliederzahlen abgestürzt:

Bei der PDS/Die LINKE	um – 89 %
bei der CDU	um – 72 %
und bei der FDP sogar	um – 92 %.

Als die SPD 1990 in die Wahlkämpfe gegangen ist standen
einem Sozialdemokraten damals \approx 14 PDS-Mitglieder,
ca. 7 CDU-Mitglieder und
fast 5 FDP-Mitglieder gegenüber.
Das war ein Verhältnis von 1:26!

Heute kommen auf einen Sozialdemokraten in Sachsen gerade einmal
1,6 Mitglieder der LINKEN
2 Mitglieder der CDU und
0,4 Mitglieder der FDP.

Das Verhältnis liegt heute nur noch bei 1:4.

Während die Einwohnerzahl in Sachsen 1990-2018 einen Rückgang um 14,6 % zu verzeichnen hat, hat sich die Anzahl aller Parteimitglieder (incl. AfD und BN90/GR) um mehr als 79 % verringert. Das ist eine dramatische Entwicklung - sie ist für uns aber Chance und Auftrag zugleich.

Die Abkehr von der eigenen politischen Betätigung, für die eine Parteimitgliedschaft natürlich nur ein Indikator ist, schwächt die Ostdeutschen politisch, schneidet sie von Informationen und von Teilhabe ab und macht sie besonders anfällig gegenüber populistischen und extremistischen Positionen. Das ist wie bei einem „demokratischen Organismus“, der seine Abwehrkräfte schwächt und immer anfälliger wird für „demokratiefeindliche Erreger“. Es wundert deshalb nicht, dass die AfD bei den beiden Landtagswahlen in Sachsen und in Thüringen ihr Hauptpotenzial aus dem Lager der Nichtwähler gezogen hat (Thüringen 52 %, Sachsen 60 %).

Damit ich nicht missverstanden werde: Es gibt keine Rechtfertigung für die Wahl von extremistischen, demokratiefeindlichen Parteien. Allerspätestens seit Höcke wusste auch jeder AfD-Wähler, was er da tut.

Wir müssen aber die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Wir dürfen vor allem die Menschen nicht in ihren selbstgebauten Nischen aus Trotz oder Verärgerung zurücklassen. Es muss in den nächsten Jahren deshalb auch für die SPD um eine Aktivierung der ostdeutschen „Zuschauergesellschaft“ gehen. Und zwar ohne dafür selbst in rechten oder linken Populismus abzugleiten, wofür es leider auch schon prominente Beispiele gibt. Wir brauchen eine Repolitisierung der Gesellschaft im Osten und ganz besonders auch in Sachsen, so wie sie im Westen schon einmal in den siebziger Jahren gelungen ist. Das ist in meinen Augen der Generationenauftrag nicht nur, aber auch der heute aktiven Sozialdemokraten.

Der jüdische Philosoph und Aufklärer Baruch de Spinoza hat schon im 17. Jahrhundert ein Leitbild formuliert, das für die Gründungsväter der SPD im 19. Jahrhundert eine wichtige Orientierung war. Es lautet, weder Herr noch Knecht wollen wir sein.

Heute übersetzt hieße das: Sozialdemokraten wollen weder Andere beherrschen, noch selbst Unterdrückte sein. Wir wollen eine Gesellschaft in der die Menschen selbstbestimmt sind, sich aus eigenem Recht heraus einbringen und beteiligen können. Und genau darum geht es in der kommenden Zeit.

Wenn eine solche Erkenntnis aus dem heutigen Geburtstag erwächst, hat sich der Abend wirklich gelohnt.